

Nachhaltigkeit

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Position

Stand: Oktober 2020

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist Realität

Spätestens mit der Fridays-for-Future-Bewegung kam die Nachhaltigkeitsdebatte wieder ganz nach oben auf die politische und gesellschaftliche Tagesordnung. Die Debatte hat vielfach eine falsche und gefährliche Richtung eingeschlagen. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum werden als miteinander unvereinbar dargestellt. Dazu gesellte sich eine zunehmende Wachstums müdigkeit. Die Notwendigkeit von wirtschaftlichem Wachstum wird in Frage gestellt. Wachstumsverzicht wird nicht nur als Voraussetzung für eine geringere Umweltverschmutzung und einen niedrigeren Ressourcenverbrauch gesehen. Wachstumsverzicht wird auch unter moralischen Aspekten gefordert, Wachstumskritik mit Konsumkritik gleichgesetzt.

Eine solche Argumentation verkennt zwei Tatsachen. Erstens ist wirtschaftliches Wachstum die Basis für Fortschritt. Fortschritt umfasst sowohl sozialen Fortschritt als auch technologischen Fortschritt, der gerade auch neue, innovative Wege der Ressourcenschonung und des Klimaschutzes ermöglicht. Ökonomisches Wachstum ist die Grundvoraussetzung für ökologische und soziale Nachhaltigkeit.

Zweitens wird verkannt, dass dieser Zusammenhang nicht nur Theorie, sondern längst Realität ist. Die deutsche Wirtschaft wächst seit Jahren nachhaltig. Investitionen und Innovationen ermöglichten einen effizienteren Umgang mit Energie und Rohstoffen, sodass sich das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt hat. Gleichzeitig ging das Wachstum mit einer Verbesserung der sozialen Lage einher.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. steht zu einem nachhaltigen Wachstum. Langfristiges Wachstum ist nur in einem intakten ökologischen und sozialen System möglich. Ökologie und Soziales dürfen aber nicht zu Lasten der Ökonomie gehen, weil sie sich sonst ihrer Grundlage berauben. Nur eine stabile und leistungsfähige Wirtschaft generiert die erforderlichen finanziellen Mittel und führt zu den technologischen Innovationen für sozialen und ökologischen Fortschritt.

Die Soziale Marktwirtschaft hat alle drei Aspekte der Nachhaltigkeit im Blick. Sie ist eine nachhaltige Wirtschaftsordnung – in der Theorie ebenso wie in der Praxis. Dies wollen wir mit dem vorliegenden Positions- und Faktenpapier aufzeigen.

Bertram Brossardt
07. Oktober 2020

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Das Konzept der Nachhaltigkeit	3
Begriff, Ursprung und Entwicklung	3
Das Drei-Säulen-Modell	3
2 Wachstumsmüdigkeit und Wachstumskritik	5
3 Die Position der vbw	6
3.1 Wachstum und Nachhaltigkeit gehören zusammen	6
3.2 Das Wachstum in Deutschland ist nachhaltig	6
3.2.1 Wirtschaftswachstum ist die Grundvoraussetzung	6
3.2.2 Unser Wachstum ist ökologisch nachhaltig	7
3.2.3 Unser Wachstum ist sozial nachhaltig	8
3.3 Die drei Nachhaltigkeitsziele stehen gleichberechtigt nebeneinander	9
3.4 Nachhaltigkeit muss auch vom Verbraucher ausgehen	9
3.5 Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muss ebenfalls nachhaltig sein	10
3.6 Die Soziale Marktwirtschaft ist eine nachhaltige Wirtschaftsordnung	10
Anhang: Daten, Fakten, Grafiken	11
Ansprechpartner / Impressum	25

Position auf einen Blick

Das Wachstum in Deutschland ist nachhaltig

Nachhaltiges Wirtschaften oder auch „sustainable development“ bedeutet, dass die heutige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse ebenso zu befriedigen. Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit umfasst drei Ziele:

- ökonomische Nachhaltigkeit
- ökologische Nachhaltigkeit
- soziale Nachhaltigkeit

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. steht für ein nachhaltiges Wirtschaften, das auf die drei Ziele Ökonomie, Ökologie und Soziales ausgerichtet ist. Dabei ist Wirtschaftswachstum die Grundvoraussetzung für die Verfolgung umwelt- und sozialpolitischer Ziele. Das Wachstum in Deutschland ist nachhaltig. Dafür sorgt die Soziale Marktwirtschaft als nachhaltige Wirtschaftsordnung.

1. Wachstum und Nachhaltigkeit gehören zusammen.
Wirtschaften bedeutet, mit Knappheiten umzugehen. Nachhaltigkeit ist die Basis für langfristiges Wachstum.
2. Das Wachstum in Deutschland ist nachhaltig.
 - Wirtschaftswachstum ist die Grundvoraussetzung für ökologische und soziale Nachhaltigkeit.
Ökonomisches Wachstum schafft Einkommen und generiert die finanziellen Mittel für Umweltschutzmaßnahmen und sozialpolitische Ausgaben. Wirtschaftswachstum erlaubt ökologische Innovationen und erleichtert Umverteilungspolitik.
 - Unser Wachstum ist ökologisch nachhaltig.
Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich vom Ressourcenverbrauch entkoppelt. Technologische Innovationen ermöglichen einen effizienteren Umgang mit Energie und Rohstoffen. Dadurch sinkt der Energieverbrauch pro Kopf bzw. Produktionseinheit. In der Folge gehen die Emissionen zurück. Auch die Energieerzeugung wird immer nachhaltiger, indem der Anteil der erneuerbaren Energien stetig zunimmt.
 - Unser Wachstum ist sozial nachhaltig.
Das Wirtschaftswachstum hat die soziale Lage in Deutschland verbessert. Der wirtschaftliche Erfolg kommt in der Breite der Bevölkerung an. Immer mehr Menschen fanden eine Beschäftigung, zudem konnten dank des ökonomischen Wachstums die Sozialausgaben erhöht werden. In der Folge geht die Armut immer weiter zurück.
3. Die drei Nachhaltigkeitsziele stehen gleichberechtigt nebeneinander.
Die drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales – bedingen sich gegenseitig. Keines der drei Nachhaltigkeitsziele kann optimal erreicht werden, wenn

[Position auf einen Blick](#)

eines davon vernachlässigt wird. Insbesondere darf die Verfolgung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele nicht zu Lasten des ökonomischen Aspektes gehen.

4. Nachhaltigkeit muss auch vom Verbraucher ausgehen.
Nachhaltiges Wirtschaften wird durch das Konsumverhalten beeinflusst. In einer Marktwirtschaft richten Unternehmen das Angebot ihrer Produkte oder Dienstleistungen an der Nachfrage aus. Der Konsument hat hier große Steuerungsmöglichkeiten.
5. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muss ebenfalls nachhaltig ausgestaltet sein.
Auch der Staat ist gefordert, nachhaltig zu handeln. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass die künftigen Generationen die gleichen Chancen auf Wohlstand haben wie die gegenwärtige. Dies betrifft insbesondere die Haushaltspolitik und das System der sozialen Sicherung. Zudem müssen die politischen Maßnahmen zur Erreichung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsziele marktkonform ausgestaltet sein.
6. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine nachhaltige Wirtschaftsordnung.
Unser System der Sozialen Marktwirtschaft hat alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit im Blick. Kernelement ist der auf Wettbewerb und Leistung beruhende Marktmechanismus, der am effizientesten und effektivsten für Wachstum und Wohlstand sorgt. Die Soziale Marktwirtschaft berücksichtigt aber, dass der reine Marktmechanismus soziale und ökologische Aspekte zum Teil unvollkommen berücksichtigt.

1 Das Konzept der Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit umfasst Ökonomie, Ökologie und Soziales

1.1 Begriff, Ursprung und Entwicklung

Der Begriff der Nachhaltigkeit geht auf die Forstwirtschaft zurück und wurde erstmals im 18. Jahrhundert verwendet. Nachhaltigkeit bezeichnet demnach die Bewirtschaftungsweise eines Waldes, bei welcher immer nur so viel Holz entnommen wird, wie nachwachsen kann. Allgemein gesprochen ist Nachhaltigkeit dann gegeben, wenn ein System in einer Art und Weise genutzt wird, dass es „in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise regeneriert werden kann“, wie es im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2002 heißt.

Oftmals wird auch der englische Begriff des „sustainable development“ verwendet. „Sustainable“ kann auch mit „zukunftsfähig“ übersetzt werden, was vielfach treffender erscheint. Im Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome aus dem Jahr 1972 wurde das Konzept der Nachhaltigkeit erstmals auf eine breitere Ebene gehoben. Mit „sustainable“ wird dort der „Zustand des globalen Gleichgewichts“ beschrieben.

Endgültig etabliert wurden sowohl Begriff als auch Konzept der Nachhaltigkeit durch die 1983 von den Vereinten Nationen eingesetzte Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, die den Auftrag hatte, langfristige Perspektiven für eine Entwicklungspolitik aufzuzeigen, die zugleich umweltschonend ist. In dem nach der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland benannten Abschlussbericht heißt es: „Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“

In Deutschland begann die intensive politische Debatte mit der von 1992 bis 1998 eingesetzten Enquete-Kommission des Bundestags "Schutz des Menschen und der Umwelt. Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung". Durch den Abschlussbericht der Enquete-Kommission fand das sog. „Drei-Säulen-Modell“ der Nachhaltigkeit Eingang in die politische und öffentliche Debatte.

1.2 Das Drei-Säulen-Modell

Das Drei-Säulen-Modell der nachhaltigen Entwicklung umfasst drei Ziele der Nachhaltigkeit, die gleichrangig nebeneinanderstehen:

- **Ökonomische Nachhaltigkeit:** Eine Wirtschaftsweise ist dann nachhaltig, wenn sie dauerhaft betrieben werden kann. Hierzu darf eine Gesellschaft nicht über ihre Verhältnisse leben, weil dies Einbußen für die folgenden Generationen zur Folge hätte.

Das Konzept der Nachhaltigkeit

- Ökologische Nachhaltigkeit: Eine Lebensweise ist dann nachhaltig, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen nur in dem Maße beansprucht werden, wie sie sich regenerieren können.
- Soziale Nachhaltigkeit: Eine Gesellschaftsordnung ist dann nachhaltig, wenn die Lebenschancen der Menschen gerecht verteilt sind und soziale Spannungen vermieden bzw. zumindest in Grenzen gehalten werden.

Kritiker des Drei-Säulen-Modells bemängeln die Gleichrangigkeit der drei Nachhaltigkeitsziele. Aus ihrer Sicht müsse das Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit Vorrang genießen, da der dauerhafte Bestand der natürlichen Ressourcen die Basis für ökonomische und soziale Stabilität sei. Dabei wird aber übersehen, dass wirtschaftliche Leistungskraft die Voraussetzung dafür ist, die ökologischen und sozialen Ziele zu erreichen.

2 Wachstumsmüdigkeit und Wachstumskritik

Das stetige Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird in Frage gestellt

Mit dem bereits erwähnten Bericht des Club of Rome setzte auch eine allgemeine Wachstumskritik ein. Das kontinuierliche Streben nach Wirtschaftswachstum wird in Frage gestellt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist das begrenzte Vorkommen bestimmter natürlicher Ressourcen. Da jede Produktion mit dem Verbrauch von Ressourcen einhergeht, bedeutet ein kontinuierliches Produktionswachstum auch einen stetig steigenden Ressourcenverbrauch. In der logischen Konsequenz dieser Argumentationslinie, die natürliche Regenerierbarkeit sowie Effizienzsteigerungen außer Acht lässt, kann der Ressourcenverbrauch nur durch einen Verzicht auf Wachstum gebremst werden.

Neben diesen rein ökologischen Blickwinkel kommt zunehmend ein moralischer Aspekt in die Diskussion. Die Wachstumskritik wird mit Konsumkritik vermengt. Angesichts des materiellen Überflusses, in dem zumindest breite Bevölkerungsschichten in den Industrieländern leben, könne oder solle auf weiteren, zusätzlichen materiellen Wohlstand verzichtet werden. Glück und Zufriedenheit resultierten vor allem aus immateriellen Faktoren, zu denen u.a. auch eine intakte Umwelt zähle.

In den vergangenen Jahren trat auch der soziale Aspekt des Wachstums in den Vordergrund. Mit dem Begriff des „inklusive Wachstums“ wird ein anzustrebendes Wirtschaftswachstum bezeichnet, das in seiner Wirkung nicht auf wenige beschränkt ist, sondern bei breiten Bevölkerungsschichten ankommt und gesellschaftliche Teilhabe aller mit sich bringt.

Ein spezieller Aspekt der Wachstumskritik bezieht sich auf das Messkonzept. Allgemein wird unter Wirtschaftswachstum eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verstanden. Das ist die Summe der preislich messbaren Güter und Dienstleistungen, die in einer bestimmten Periode in einer Volkswirtschaft – oder auch global – geschaffen werden. Die Einengung des Wachstumsbegriffs auf die in Geld messbare Wirtschaftsleistung hat in der Tat Schwächen. Vieles, was zum (auch materiellen) Wohlstand beiträgt, wird hiermit nicht gemessen, zum Beispiel ehrenamtliche Tätigkeiten oder Tätigkeiten im Freundes- und Familienkreis. Auf der anderen Seite werden Aspekte, die den Wohlstand mindern, ebenfalls nicht entsprechend berücksichtigt, wie zum Beispiel Beeinträchtigungen der Umwelt.

Das BIP ist dennoch eine sinnvolle Größe zur Messung von Wachstum und Wohlstand. Es misst all die Güter und Dienstleistungen, die produziert bzw. erbracht werden, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Durch die Erfassung der Güter und Services, für die ein Preis bezahlt wurde, zeigt das BIP zudem, wie viel Einkommen erwirtschaftet wurde. Um den Wohlstand eines Landes noch besser abzubilden, gibt es neben dem BIP inzwischen zahlreiche weitere Kennzahlen, die soziale oder ökologische Aspekte abbilden und das BIP somit sinnvoll ergänzen.

3 Die Position der vbw

Die Soziale Marktwirtschaft sorgt für nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft steht für nachhaltiges Wirtschaften, das auf die drei Ziele Ökonomie, Ökologie und Soziales ausgerichtet ist. Dabei ist Wirtschaftswachstum die Grundvoraussetzung für die Verfolgung umwelt- und sozialpolitischer Ziele. Das Wachstum in Deutschland ist nachhaltig. Dafür sorgt die Soziale Marktwirtschaft als nachhaltige Wirtschaftsordnung.

3.1 Wachstum und Nachhaltigkeit gehören zusammen

Wirtschaften bedeutet, mit Knappheiten umzugehen. Knappe Ressourcen müssen so eingesetzt werden, dass sie größtmöglichen Ertrag bringen. Nachhaltigkeit ist die Grundvoraussetzung für langfristiges Wachstum – sowohl für einzelne Unternehmen als auch für ganze Volkswirtschaften. Dazu zählt auch die zeitliche Dimension. Eine Gesellschaft wirtschaftet nachhaltig, wenn die jetzige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, deren Bedürfnisse zu befriedigen. Analog bedeutet nachhaltige Unternehmensführung, dass die Entscheidungen von heute die zukünftige Existenz des Unternehmens nicht gefährden.

3.2 Das Wachstum in Deutschland ist nachhaltig

Grafiken zu den im Folgenden genannten Fakten sowie weitere Daten finden sich im Anhang auf den Seiten 11 ff.

3.2.1 Wirtschaftswachstum ist die Grundvoraussetzung

Ohne Wirtschaftswachstum sind ökologische und soziale Nachhaltigkeit nicht möglich. Wachstum schafft Einkommen und generiert die finanziellen Mittel für Umweltschutzmaßnahmen ebenso wie für sozialpolitische Auf- und Ausgaben. Wachstum erlaubt ökologische Innovationen und erleichtert Umverteilungspolitik. Kein Wachstum heißt Stillstand.

Das Streben nach Wachstum ist die zentrale Triebfeder für das Wirtschaften. Es sorgt für Leistung und Effizienz und damit für Wertschöpfung und Beschäftigung. Das Streben nach Wachstum setzt die entscheidenden Impulse für technischen Fortschritt und Innovationen – auch und gerade für Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz, in der Energie- und Ressourceneffizienz oder in Fragen der Substitution oder Recyclbarkeit von Rohstoffen.

Wachstum ist an sich sozial, weil es für Einkommen sorgt. Außerdem werden dadurch die finanziellen Mittel für Sozial- und Umverteilungspolitik erwirtschaftet. Ohne Wachstum

und Einkommenssteigerungen kann die Lage der „schwächeren“ oder „ärmeren“ Gruppen der Gesellschaft nur verbessert werden, indem anderen Gruppen etwas weggenommen wird. Somit sichert Wirtschaftswachstum den sozialen Frieden.

3.2.2 Unser Wachstum ist ökologisch nachhaltig

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren vom Ressourcenverbrauch entkoppelt. Das ökonomische Wachstum ging einher mit einer Verbesserung der Umweltbedingungen.

3.2.2.1 Steigende Energie- und Rohstoffproduktivität

Investitionen und Innovationen, die dank eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums möglich waren, führten zu einem spürbar effizienteren Umgang mit Energie und Rohstoffen. Die sog. Energieproduktivität misst die Wertschöpfung je Einheit eingesetzter Energie. Von 1991 bis 2018 stieg diese in Deutschland um 63 Prozent.

3.2.2.2 Sinkende Energieintensität

Dank der Innovationen zur Effizienzsteigerung konnte der relative Energieverbrauch spürbar gesenkt werden.

- Der Energieverbrauch pro Kopf ging vor allem seit Mitte der 2000er-Jahre merklich zurück – um mehr als zehn Prozent bis 2018.
- Der Energieverbrauch bezogen auf die Wirtschaftsleistung konnte deutlich um 37 Prozent seit 1991 reduziert werden.
- In der Industrie sank die Energieintensität um über 28 Prozent.
- Im Verkehrssektor konnte die Energie- und Kraftstoffintensität um rund 40 Prozent gesenkt werden.

3.2.2.3 Rückläufige Emissionen

Die effizientere Nutzung von Energie und der sinkende relative Energieverbrauch haben es ermöglicht, dass zahlreiche Emissionen trotz einer steigenden Produktion zurückgingen.

- Die Gesamtemissionen der sog. Treibhausgase gingen seit Anfang der 1990er-Jahre um über 35 Prozent zurück.
- Die durch Industrieprozesse verursachten CO₂-Emissionen sanken seit 1991 um ein Fünftel.
- Die Emission von Luftschadstoffen wurde seit 1991 um mehr als 20 Prozent reduziert.
- Die Stickstoffkonzentrationen im Wasserabfluss von Flüssen in die Nord- und Ostsee ging seit Ende der 1990er-Jahre um rund 30 Prozent zurück.

3.2.2.4 Anstieg der erneuerbaren Energien

Nicht nur der Energieverbrauch, auch die Energieerzeugung entwickelt sich nachhaltig.

- Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch hat sich seit 1995 von weniger als fünf auf fast 38 Prozent mehr als versiebenfacht.
- Bezogen auf den gesamten Endenergieverbrauch stieg der Anteil der erneuerbaren Energien im selben Zeitraum von 2,2 auf 16,5 Prozent.

3.2.3 Unser Wachstum ist sozial nachhaltig

Das Wirtschaftswachstum hat die soziale Lage verbessert. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands in den vergangenen Jahren kam in der Breite der Bevölkerung an. Immer mehr Menschen fanden eine Beschäftigung, zudem wurden dank des Wachstums die Sozialausgaben erhöht.

3.2.3.1 Hoher Beschäftigungsstand

Noch nie hatten in Deutschland so viele Menschen Arbeit wie 2019 vor der Corona-Krise.

- Mit 45,3 Millionen Erwerbstätigen und davon 33,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurde im Jahr 2019 ein Beschäftigungsrekord erreicht.
- Mehr als 80 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung zwischen 20 und 65 Jahren waren im Jahr 2019 erwerbstätig, zur Jahrtausendwende lag die sog. Erwerbstätigenquote bei weniger als 69 Prozent.
- Die Zahl der Arbeitslosen konnte seit ihrem Höchststand von 4,9 Millionen im Jahr 2005 bis 2019 mehr als halbiert werden auf 2,2 Millionen. Mit 5,0 Prozent war die Arbeitslosenquote so niedrig wie zuletzt Ende der 1970er-Jahre.

3.2.3.2 Hohe Sozialausgaben

Das stetige Wirtschaftswachstum machte eine kontinuierliche Ausweitung der Sozialausgaben möglich.

- Das gesamte bundesweite Sozialbudget stieg von 395,5 Milliarden Euro im Jahr 1991 auf über eine Billion im Jahr 2019, das ist mehr als eine Verdreifachung.
- Damit wurden die Sozialausgaben stärker ausgeweitet als die Wirtschaft gewachsen ist. Folglich nahm die Sozialleistungsquote (Sozialausgaben in Relation zum BIP) im selben Zeitraum von 25,0 auf 30,3 Prozent. Dies ist kritisch zu sehen. Die überdurchschnittlich steigenden Sozialausgaben begrenzen die finanziellen Spielräume für öffentliche Investitionen, die die Basis für ökonomisches Wachstum und auch Voraussetzung für ökologischen Fortschritt sind.

3.2.3.3 Sinkende Armut

Dank des stetigen Wirtschaftswachstums, das zu einer steigenden Beschäftigung geführt und hohe Sozialleistungen ermöglicht hat, konnte die ohnehin niedrige Armut in Deutschland weiter zurückgeführt werden.

Die absolute Armut wird gemessen anhand der sog. materiellen Deprivation. Darunter versteht man den Mangel an Gebrauchsgütern und den unfreiwilligen Verzicht auf bestimmten Konsum aus finanziellen Gründen.

- Der Anteil der materiell deprivierten Personen in Deutschland lag bis 2014 relativ stabil bei etwas über elf Prozent. Bis 2018 konnte er auf 7,8 Prozent gesenkt werden.
- Der Anteil der „erheblich materiell Deprivierten“ ging von 5,4 auf 3,1 Prozent zurück.

3.3 Die drei Nachhaltigkeitsziele stehen gleichberechtigt nebeneinander

Die drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales – bedingen sich gegenseitig. Keines der drei Nachhaltigkeitsziele kann optimal erreicht werden, wenn eines davon vernachlässigt wird. Insbesondere darf die Verfolgung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeitsziele nicht zu Lasten des ökonomischen Aspektes gehen.

Die natürlichen Ressourcen gehen als Produktionsfaktoren in den Produktionsprozess ein, der für Wirtschaftswachstum sorgt. Um ein langfristiges Wachstum sicherzustellen, müssen diese Ressourcen auch dauerhaft vorhanden sein. Von daher ist ökologische Nachhaltigkeit Grundvoraussetzung für ökonomische Nachhaltigkeit.

Ebenso ist soziale Sicherheit und Stabilität eine Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wachstum. Ohne ein Grundmaß an sozialer Sicherheit gehen Menschen kein wirtschaftliches Risiko ein, welches aber notwendig für Innovation und Leistungsfähigkeit ist. Soziale Instabilität führt zu gesellschaftlichen und politischen Unruhen, was wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Wachstum ebenfalls abträglich ist.

Bei umwelt- oder sozialpolitischen Maßnahmen muss aber stets berücksichtigt werden, inwieweit sich diese auf die wirtschaftliche Effizienz und Leistungsfähigkeit auswirken. Die Vernachlässigung des ökonomischen Aspekts beeinträchtigt zwangsläufig auch die ökologischen und sozialen Ziele.

3.4 Nachhaltigkeit muss auch vom Verbraucher ausgehen

Nachhaltiges Wirtschaften wird auch durch das Konsumverhalten beeinflusst. In einer Marktwirtschaft richten Unternehmen ihr Angebot an Produkten oder Dienstleistungen an der Nachfrage aus. Wenn die Präferenzen der Verbraucher bei besonders umweltfreundlichen sowie energie- und ressourcenschonend hergestellten Produkten liegen oder wenn bestimmte Arbeits- und Sozialbedingungen in der globalen Wertschöpfungskette gesellschaftlich abgelehnt werden, dann muss sich dies auch im Nachfrageverhalten der

Konsumenten niederschlagen. Dadurch entsteht ein Anreiz für die Unternehmen zu entsprechenden Produkt- und Prozessinnovationen.

3.5 Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muss ebenfalls nachhaltig sein

Nicht nur Unternehmen und Verbraucher, auch der Staat ist gefordert, nachhaltig zu handeln. Für die wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen gilt ebenfalls, dass diese so ausgestaltet sein müssen, dass die künftigen Generationen die gleichen Chancen auf Wohlstand haben wie die gegenwärtige.

Dies betrifft insbesondere die Haushaltspolitik und das System der sozialen Sicherung. Eine übermäßige öffentliche Verschuldung bürdet den künftigen Generationen hohe finanzielle Lasten in Form von Steuerzahlungen auf. Gleiches gilt für die Sozialversicherung. Wenn die Systeme nicht an die demografische Entwicklung angepasst werden, haben die künftigen Erwerbstätigen massive Kostenbelastungen zu schultern. Dies beeinträchtigt das Erreichen aller drei Nachhaltigkeitsziele in der Zukunft: Wachstum, Umwelt- und Sozialpolitik.

Um die sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, müssen vorhandene Marktunvollkommenheiten korrigiert werden. Hierbei sollte aber die Funktionalität des Marktes nicht außer Kraft gesetzt werden, weil ansonsten das ökonomische Nachhaltigkeitsziel beeinträchtigt wird. Die Wirtschaftspolitik muss marktkonforme Instrumente anwenden. Dies sind zum Beispiel indirekte Steuern auf den Ressourcenverbrauch oder der Handel mit Emissionszertifikaten. Auf diese Weise werden die Preise künstlich verändert, der Marktmechanismus wird aber nicht beeinträchtigt. Ge- und Verbote hingegen führen zu ineffizienten Ergebnissen.

3.6 Die Soziale Marktwirtschaft ist eine nachhaltige Wirtschaftsordnung

Unsere Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist ein nachhaltiges Wirtschaftssystem, denn sie hat alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit im Blick.

Kernelement ist der auf Wettbewerb und Leistung beruhende Marktmechanismus, der am effizientesten und effektivsten für Wachstum und Wohlstand führt. Besonderen Wert legte der geistige Vater der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, auf Preisstabilität, weil diese langfristiges, sprich nachhaltiges Wirtschaften erlaubt.

Die Soziale Marktwirtschaft erkennt aber, dass der reine Marktmechanismus soziale und ökologische Aspekte nur unvollkommen berücksichtigt. Deshalb umfasst unsere Wirtschaftsordnung auch sog. „regulierende Prinzipien“, die das Marktergebnis korrigieren. Einerseits durch die Berücksichtigung sog. externer Effekte im Umweltbereich, andererseits durch eine flankierende Sozial- und Umverteilungspolitik.

Anhang: Daten, Fakten, Grafiken

Kapitelübersicht

A.1	Ökonomische Nachhaltigkeit	11
A.2	Ökologische Nachhaltigkeit	14
A.3	Soziale Nachhaltigkeit	2

A.1 Ökonomische Nachhaltigkeit

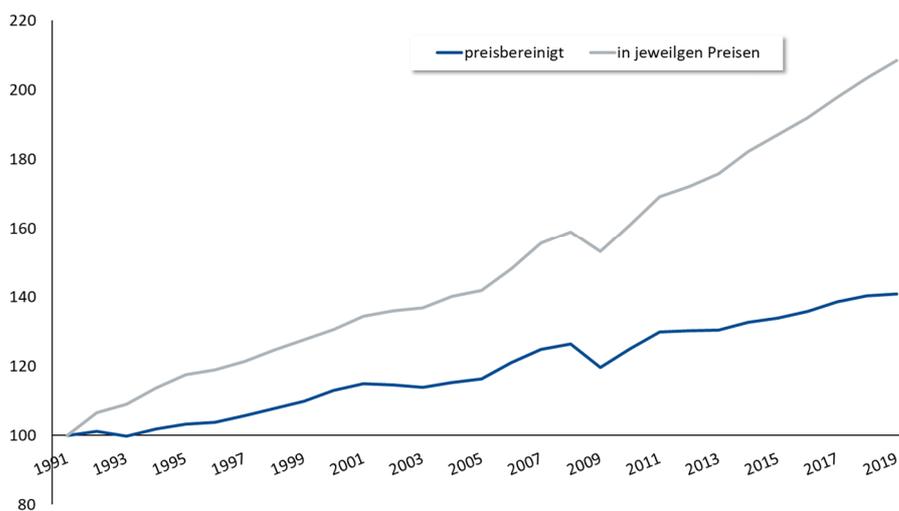
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf gibt das durchschnittlich erwirtschaftete Einkommen je Einwohner wider und ist somit ein Maßstab für den Wohlstand der Bevölkerung. Das BIP pro Kopf hat sich seit 1991 von 19.829 Euro auf 41.358 Euro im Jahr 2019 mehr als verdoppelt. Auch unter Herausrechnen der Inflation ergibt sich ein deutliches und stetiges Anwachsen des Pro-Kopf-BIP. Gegenüber 1991 nahm das preisbereinigte BIP je Einwohner um knapp 41 Prozent zu.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Index 1991 = 100



Quelle: Destatis

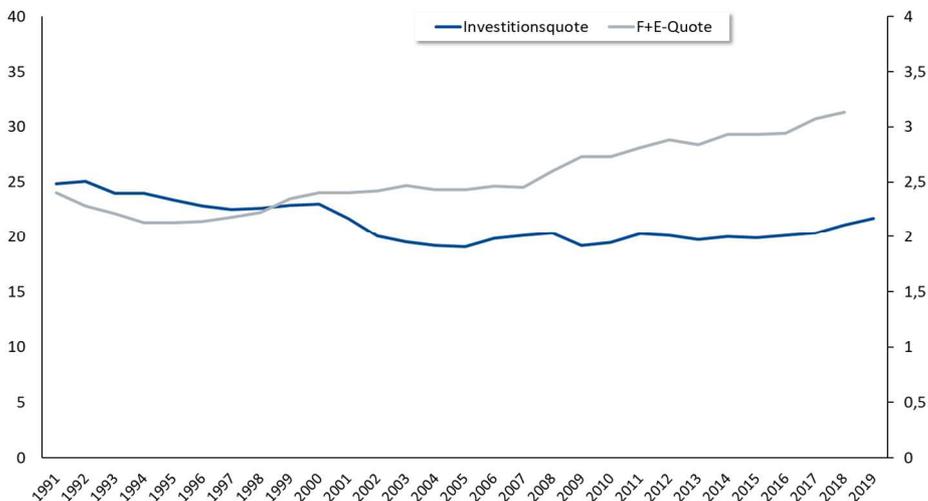
Investitionen und Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Investitionen – öffentliche wie private – erhöhen die Produktionskapazitäten und verbessern die Bedingungen für künftiges Wachstum. Dies gilt insbesondere für Investitionen in Forschung und Entwicklung, da der technologische Fortschritt der entscheidende Wachstumstreiber ist – gerade für eine hochentwickelte Volkswirtschaft wie Deutschland mit mittelfristig schrumpfender Bevölkerung und einem bereits hohen Kapitalstock. Die Anlageinvestitionen in Deutschland gingen bis Mitte der 2000er-Jahre in Relation zum BIP von 25 Prozent im Jahr 1991 auf 19 Prozent zurück. Danach stabilisierte sich die sog. Investitionsquote. In den letzten Jahren konnte sie wieder erhöht werden und lag 2019 bei 21,7 Prozent.

Die F+E-Quote, das ist der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP, stieg seit Mitte der 1990er-Jahre relativ stetig von 2,13 auf 3,13 Prozent im Jahr 2018 an.

Abbildung 2
Investitionsquote und F+E-Quote

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



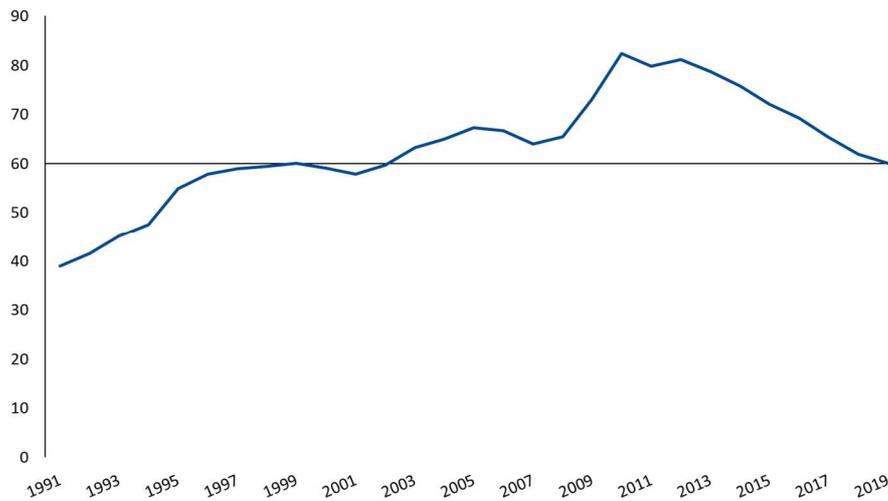
Quelle: Destatis

Staatsverschuldung

Eine übermäßige Verschuldung der öffentlichen Hand schränkt die Wachstumsmöglichkeiten in der Zukunft ein, da Zinszahlungen und Tilgung der Kredite durch die Steuern der künftigen Generationen erfolgen müssen. Zudem sind bei einer zu hohen Verschuldung die finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten des Staates begrenzt. Im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union ist der Referenzwert für die maximale Schuldenstandsquote auf 60 Prozent des BIP festgelegt. Im Jahr 2003 wurde diese Grenze in Deutschland erstmals überschritten. Als Folge der Wirtschaftskrise kletterte die Schuldenstandsquote rasch auf 81 Prozent im Jahr 2010. Danach konnte die Quote aber wieder zurückgefahren werden und lag im Jahr 2019 wieder genau auf dem Grenzwert des Stabilitätspakts. Durch die Sondersituation der Corona-Krise und der umfangreichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wird die Quote in den kommenden Jahren wieder steigen.

Abbildung 3
Schuldenstandsquote

gesamtstaatliche Verschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



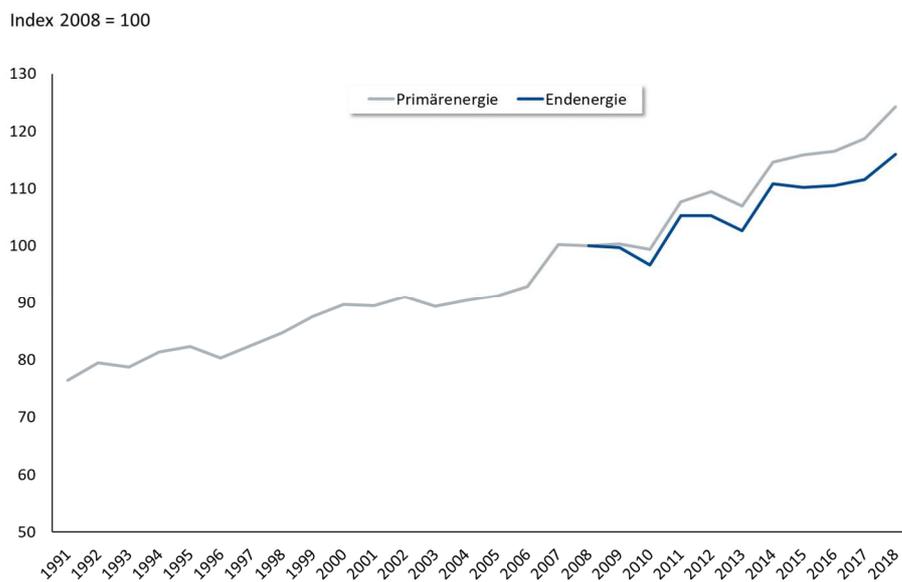
Quelle: Destatis

A.2 Ökologische Nachhaltigkeit

Energieproduktivität

Die sog. Energieproduktivität misst die Wertschöpfung je Einheit eingesetzter Energie. Bezogen auf die Primärenergie stieg die Produktivität von 1991 bis 2018 um 63 Prozent. Daten zur Endenergieproduktivität liegen erst seit 2008 vor, seitdem erhöhte sie sich um 16 Prozent.

Abbildung 4
Energieproduktivität



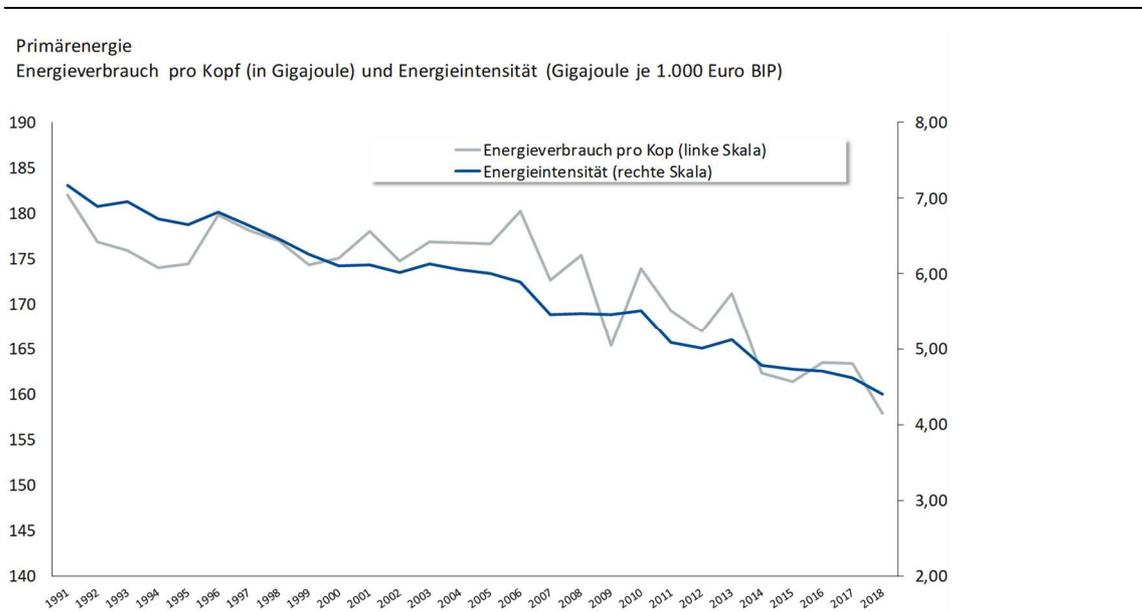
Quelle: Destatis

Energieintensität

Der Energieverbrauch pro Kopf ging vor allem seit Mitte der 2000er-Jahre merklich zurück. Bis dahin lag er in der Tendenz bei etwas unter 180 Gigajoule (GJ) pro Jahr, bis 2018 konnte er auf 158 GJ gesenkt werden, das ist ein Rückgang um mehr als zehn Prozent. Der Energieverbrauch bezogen auf die Wirtschaftsleistung konnte ebenfalls deutlich reduziert werden: von über sieben GJ pro 1.000 Euro BUP im Jahr 1991 auf sechs GJ im Jahr 2005, das ist ein Rückgang um gut 15 Prozent. Bis 2018 verdoppelte sich die Dynamik fast, die Energieintensität sank um weitere knapp 27 Prozent auf gut vier GJ pro 1.000 Euro BIP.

Abbildung 5

Energieintensität und Energieverbrauch pro Kopf



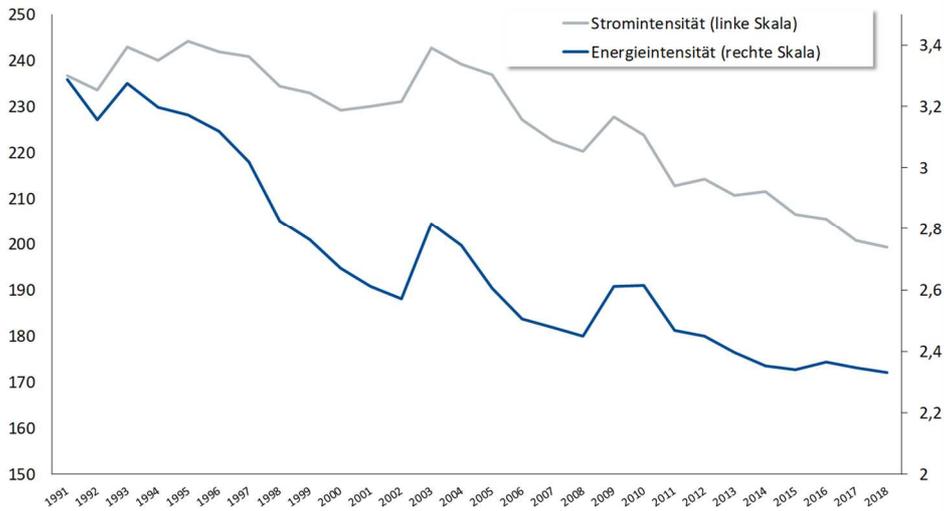
Quelle: Destatis

Die Industrie hat für diese Entwicklung einen großen Beitrag geleistet. Ihre Energieintensität fiel von über 3 GJ pro 1.000 Euro Bruttowertschöpfung Anfang der 1990er-Jahre um über 28 Prozent auf 2,3 GJ im Jahr 2018. Auch der relative Stromverbrauch in der Industrie wurde ab Mitte der 200er Jahre spürbar reduziert. Die Stromintensität der Industrie sank um knapp 18 Prozent von 242 kWh pro 1.000 Euro Wertschöpfung im Jahr 2003 auf 199 kWh im Jahr 2018 (vgl. Abb. 6, Seite 16).

Im Verkehrssektor konnte die Energie- und Kraftstoffintensität ebenfalls kräftig gesenkt werden. Energie- und Kraftstoffverbrauch je 100 Personenkilometer sanken seit Anfang der 1990er-Jahre um rund 40 Prozent, wobei der Rückgang bis 2005 besonders intensiv war (vgl. Abb. 7, S. 16).

Abbildung 6
Energie- und Stromintensität in der Industrie

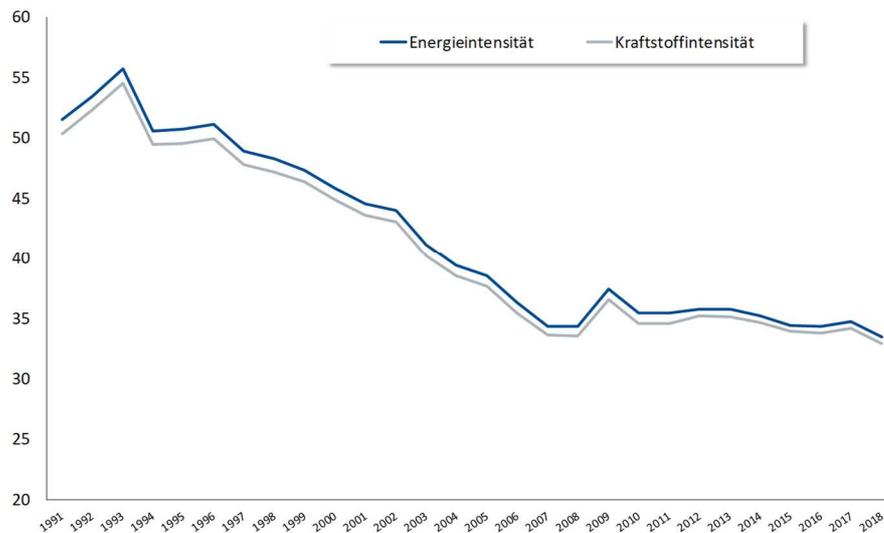
Energieintensität (GJ je 1.000 Euro Bruttowertschöpfung) und Stromintensität (kWh je 1.000 Euro Bruttowertschöpfung) in der Industrie



Quelle: Destatis

Abbildung 7
Energie- und Kraftstoffintensität im Verkehr

Energieintensität (MJ je 100 Pkm) und Kraftstoffintensität (MJ je 100 Pkm)

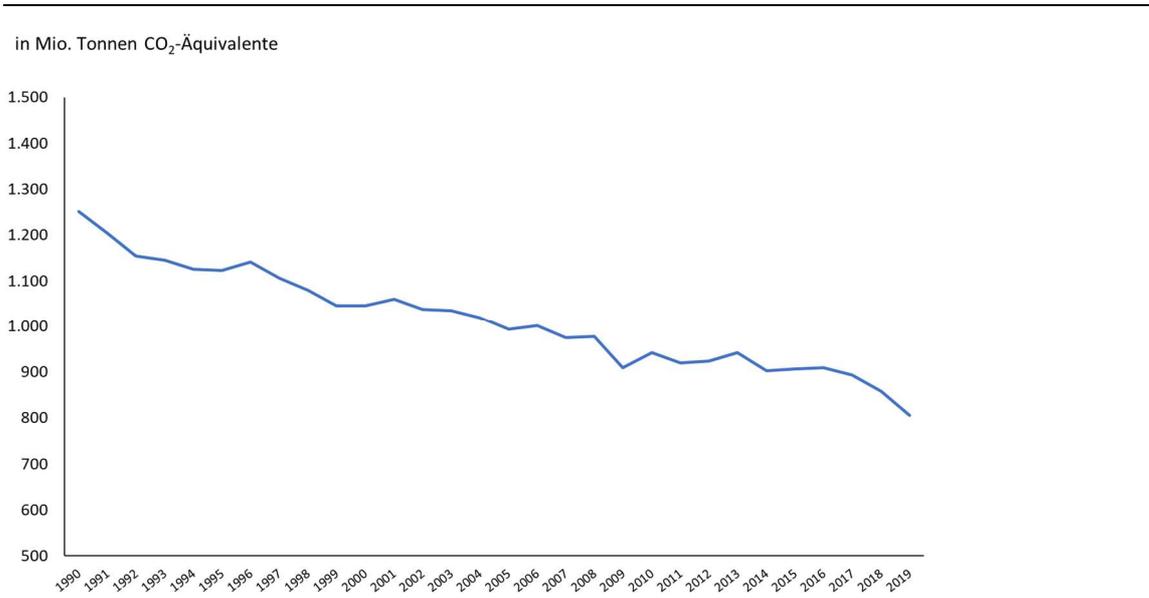


Quelle: Destatis

Emissionen

Die Gesamtemissionen der sog. Treibhausgase [Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), Stickstofftrifluorid (NF₃), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆)] gingen seit Anfang der 1990er-Jahre um über 35 Prozent zurück.

Abbildung 8
Treibhausgasemissionen

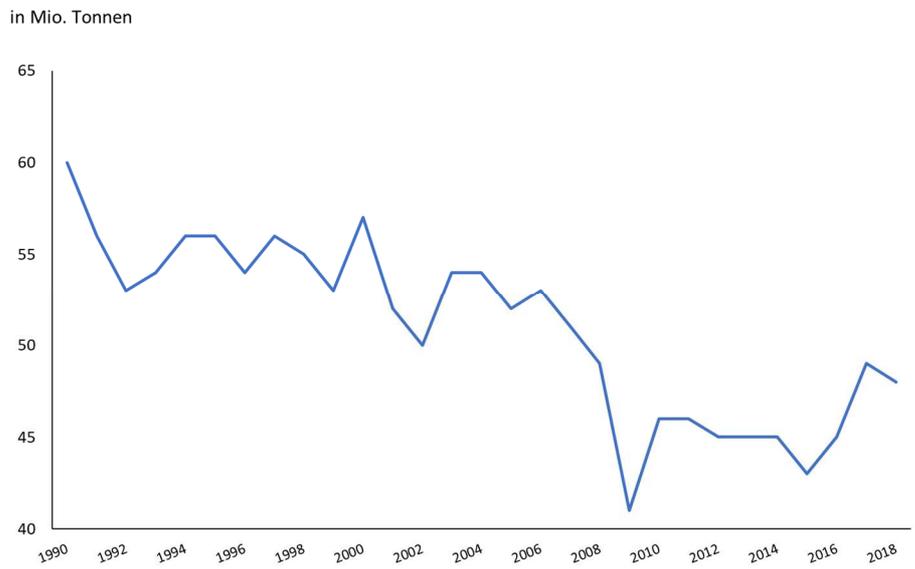


Quellen: Umweltbundesamt, Statista.

Die durch Industrieprozesse verursachten CO₂-Emissionen lagen 1990 bei 60 Millionen Tonnen pro Jahr. Von Mitte der 1990er-Jahre bis 2006 gingen sie nur sehr moderat zurück und bewegten sich zwischen 50 und 55 Millionen Tonnen. Nach einem kräftigen Rückgang bis 2009, der auch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedingt war, stiegen die Emissionen im Zuge des langen Konjunktur-Aufschwungs bis 2017 wieder an. 2018 lagen sie mit 48 Millionen Tonnen dennoch um rund 13 Prozent unter dem Niveau der 1990er- und 2000er-Jahre (vgl. Abb. 9, S. 18).

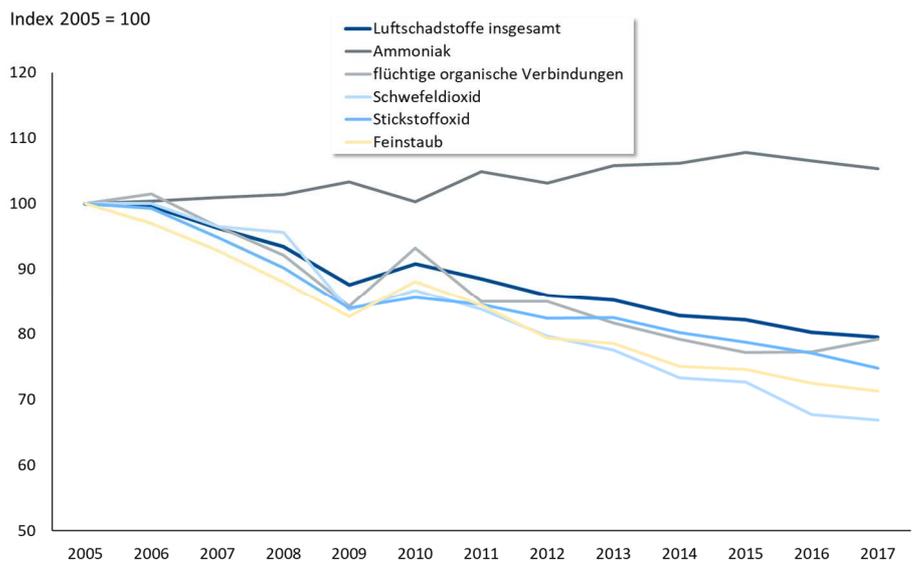
Die Emissionen von Luftschadstoffen wurden seit 1991 um insgesamt mehr als 20 Prozent reduziert. Die Emissionen von Schwefeldioxid konnten sogar um ein Drittel reduziert werden, die Feinstaub-Emissionen um 28,7 Prozent, die Stickstoffoxid-Emissionen um 25 Prozent und die Emissionen von flüchtigen organischen Verbindungen um 20 Prozent. Lediglich die Emissionen von Ammoniak stiegen um 5,3 Prozent an (vgl. Abb. 10, S. 18).

Abbildung 9
CO₂-Emissionen durch Industrieprozesse



Quellen: Bundesumweltamt, Statista.

Abbildung 10
Luftemissionen

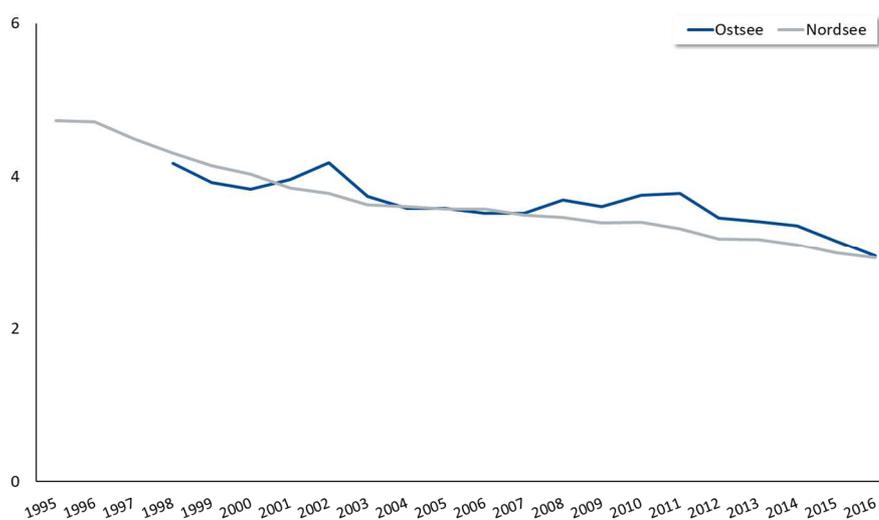


Quelle: Destatis

Auch die Wasserqualität hat sich stetig verbessert. So sind die Stickstoffkonzentrationen im Wasserabfluss von Flüssen in die Nord- und Ostsee seit Ende der 1990er-Jahre von rund 4 mg pro Liter auf unter 3 mg gesunken – das ist ein Rückgang um rund 30 Prozent.

Abbildung 11
Wasseremissionen

Stickstoffeintrag in die Meere (mg/l)



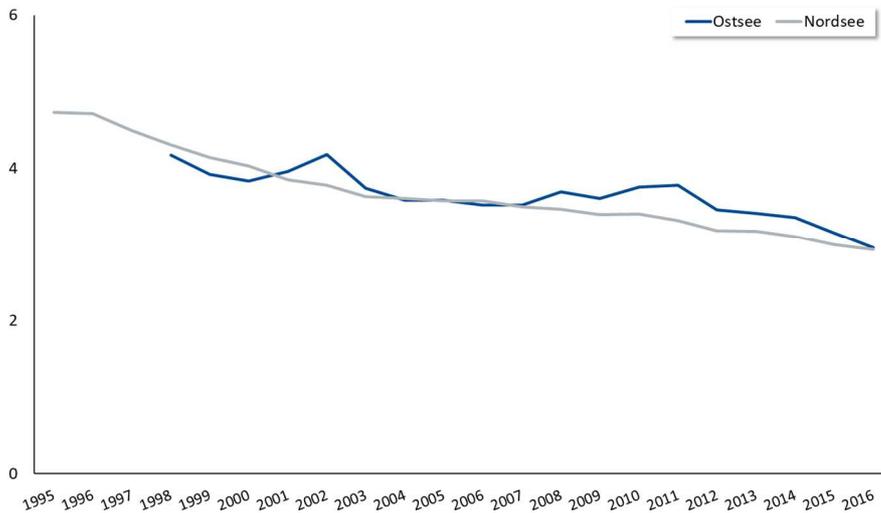
Quelle: Destatis

Erneuerbare Energien

Eine nachhaltige Entwicklung ist nicht nur beim Energieverbrauch, sondern auch bei der Energieerzeugung festzustellen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch lag 1995 bei gerade einmal 2,2 Prozent. Im Jahr 2018 waren es bereits 16,5 Prozent. Noch deutlicher zeigt sich diese Entwicklung beim Stromverbrauch. Hier ist der Anteil des Stroms, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, am gesamten Stromverbrauch von unter fünf auf fast 38 Prozent angewachsen.

Abbildung 12
Erneuerbare Energien

Stickstoffeintrag in die Meere (mg/l)



Quelle: Destatis

A.3 Soziale Nachhaltigkeit

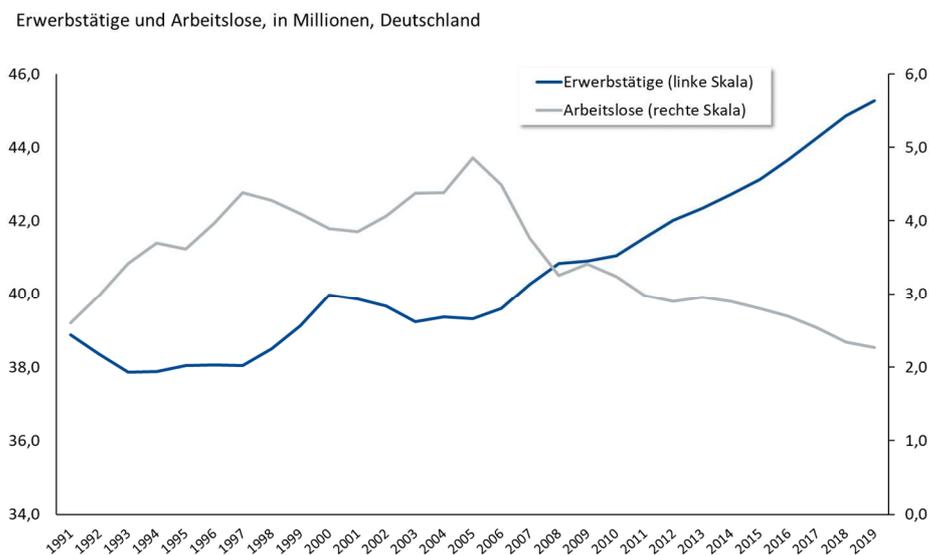
Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erreichte im Jahr 2019 einen neuen Höchststand von 45,3 Millionen Personen. Seit der Wiedervereinigung stieg die Zahl um 6,4 Millionen bzw. 16,5 Prozent. Mit 33,7 Millionen standen drei Viertel der Erwerbstätigen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Auch dies ist ein Rekordstand in Deutschland. Gegenüber 1991 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 5,7 Millionen bzw. 20,4 Prozent.

Die Zahl der Arbeitslosen erreichte im Jahr 2005 mit 4,9 Millionen ihren Höchststand. Seitdem konnte die Zahl mehr als halbiert werden auf 2,266 Millionen im Jahr 2019. Dies bedeutet eine Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent. Ein solches Niveau wurde zuletzt Ende der 1970er-Jahre erreicht.

Angesichts der Corona-Krise geht die Beschäftigung aktuell zurück und die Arbeitslosigkeit steigt. Diese akute Krise ändert aber nichts an der langfristig positiven Entwicklung.

Abbildung 13
Arbeitsmarkt

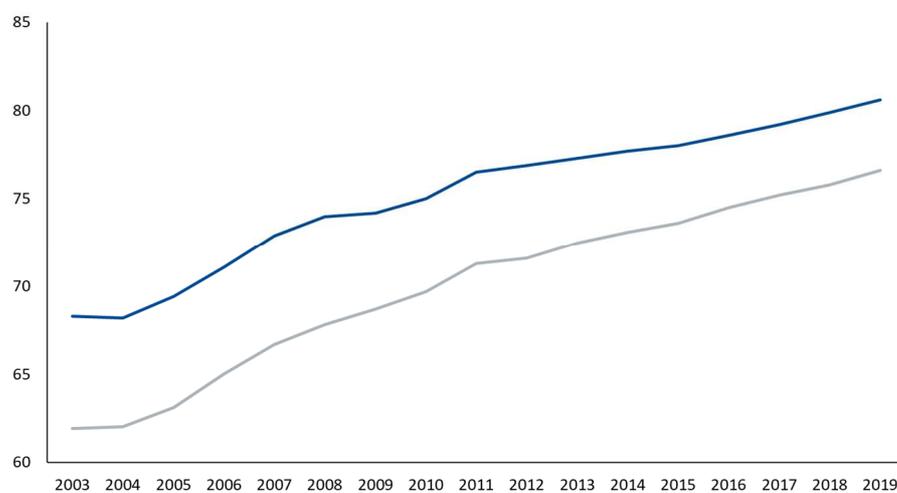


Quellen: Destatis, BA.

Die Erwerbstätigenquote, das ist der Anteil der Erwerbstätigen an allen Personen zwischen 20 und 65 Jahren, stieg von unter 69 Prozent zu Beginn des Jahrtausends auf 80,3 Prozent im Jahr 2019. Dabei stieg die Erwerbstätigenquote von Frauen überdurchschnittlich von 60,7 auf 76,6 Prozent. Die Erwerbstätigenquote älterer Menschen ab 60 Jahren hat sich sogar verdreifacht von 19,6 auf fast 60 Prozent.

Abbildung 14
Erwerbstätigenquote

Erwerbstätige in Prozent der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren



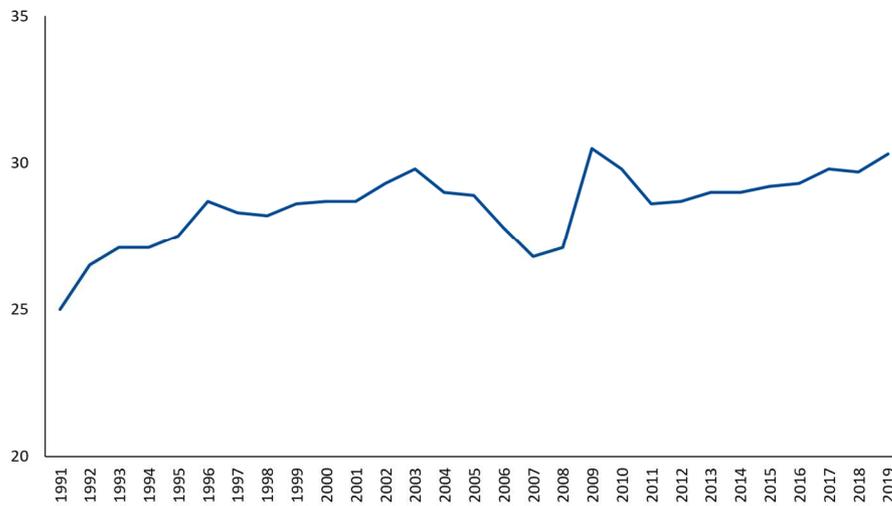
Quellen: Eurostat, Statista.

Sozialleistungsquote

Das gesamte bundesweite Sozialbudget stieg von 395,5 Milliarden Euro im Jahr 1991 auf über eine Billion im Jahr 2019, das ist ein Plus von 154 Prozent. Damit wurden die Sozialausgaben mittelfristig stärker ausgeweitet als die Wirtschaft gewachsen ist. Folglich nahm die Sozialleistungsquote, also die Sozialausgaben im Verhältnis zum BIP, von 25,0 auf 30,3 Prozent zu.

Abbildung 15
Sozialleistungsquote

Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Destatis

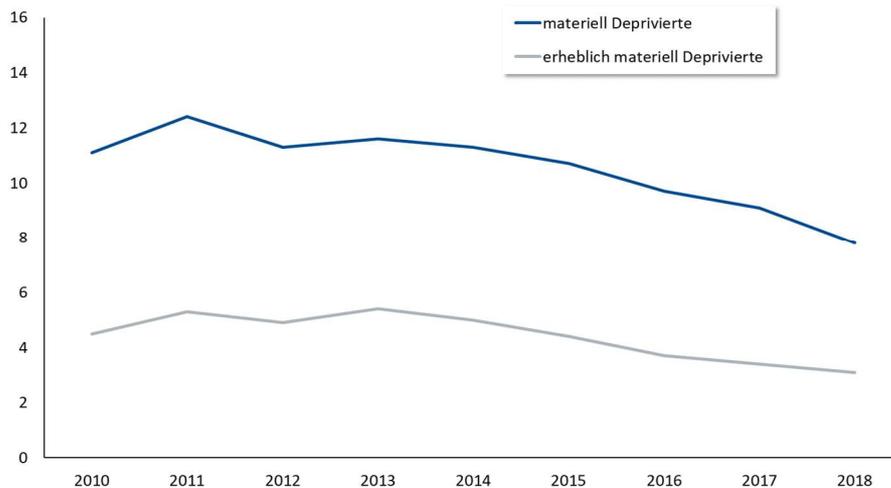
Armut

Die direkte, absolute Armut wird mit Hilfe der sog. materiellen Deprivation gemessen. Darunter versteht man den Mangel an bestimmten Gebrauchsgütern und den unfreiwilligen Verzicht auf ausgewählten Konsum aus finanziellen Gründen. Als materiell depriviert gelten Personen, auf die drei von neun festgelegten Kriterien von finanzieller Einschränkung zutreffen, wenn vier oder mehr Kriterien zutreffen, wird von erheblicher materieller Deprivation gesprochen.

Der Anteil der materiell deprivierten Personen in Deutschland lag bis 2014 relativ stabil bei etwas über elf Prozent. Bis 2018 konnte er auf 7,8 Prozent gesenkt werden. Der Anteil der „erheblich materiell Deprivierten“ ging von 5,4 auf 3,1 Prozent zurück. Zum Vergleich: Im Schnitt der EU waren 2019 13,2 Prozent der Bevölkerung materiell depriviert, 5,9 Prozent waren erheblich materiell depriviert.

Abbildung 16
Materielle Deprivation

Anteil an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Destatis

Ansprechpartner / Impressum

Volker Leinweber

Leiter Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-133

Telefax 089-551 78-91-133

volker.leinweber@vbw-bayern.de

Joshua Wagener

Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-428

Telefax 089-551 78-91-428

joshua.wagener@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Oktober 2020